

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 2.40 Mark. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7228.

Schriftleitung und Verlagsstelle:
Leipzig
Geberstraße 1, IV., Diktoriahotel
Telefonamt 7202.

Schluss des Blattes Montags, mittag 12 Uhr. — Anzeigengebühr für die dreispaltige Kleinzeile 2.— M.
Anzeigen werden nur bei vorheriger Einzahlung der Kosten aufgenommen.

Nr. 24.

Sonnabend, den 12. Juni 1920.

24. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Gespart sind: Die Hims- und Steinwerke Niedermendig. Die Firmen O. Franz und Schumann, Oberhausen (Erzgeb.). Betrieb Josef Dietrich, Ostendorf (St. Neife). Werkplatz Schmidt und Schäfer sowie das Grabsteingeschäft S. Nibel in Bremen, Firma Heilmann — a Braßard in Osnabrück, Blas E. F. Wetge, Brandenburg, Grabsteingeschäft Martin in Hirschheim.

Streik:

In Oberau, in Dramburg (Pommern). Im Odenwald-Bezirk sämtliche Schleifereiarbeiter. In Stuttgart entließen die Arbeitgeber am 2. Juni die Mitglieder der Arbeiter-Genossenschaft für das Steinhauergewerbe. Die übrigen Kollegen erklärten sich solidarisch zur Abwehr dieses Konfliktzweiges. Stuttgart ist unter allen Umständen zu meiden. Im Ostpreußen-Bezirk Niedermendig sind 1200 Kollegen ausgespart, davon gehören 600 unserem Verband an. In Wildemann ca. 70 Pfistersteinarbeiter bei zwei Firmen.

Strafungen:

aufser den bereits genannten Orten (Sperre und Streik), nach Hirschberg i. Schleifen, Mühlhausen, Torgau (Elbe), Odenburg (Stadt und Freistaat), Mühlhausen, Firma Gebr. Köppl. Samsel. Wegen Lohnforderung wurde sämtlichen Kollegen im Granitwerk gekündigt.

Die neuen Aufgaben der Gewerkschaften.

(Referat des Genossen Silberbach in Würzburg.)

Aus den bisherigen Debatten lang der Grundton heraus, daß die Organisation bemüht ist, mit den realen Tatsachen zu rechnen und das Bestmögliche für die Kollegen herauszuholen. Im Prinzip sind sich alle Gewerkschaften darüber einig, daß es darauf ankommt, durch Stärkung der Produktion den wirtschaftlichen Interessen und damit den eigenen Interessen der Arbeiter zu dienen. Die Arbeit am Wiederaufbau des Wirtschaftslebens ist damit eine selbstverständliche Aufgabe der Gewerkschaften. Auf diese Grundlage muß sich auch mein Referat über die neuen Aufgaben der Gewerkschaften bewegen. Unsere Aufgaben sind dahin zusammenzufassen, daß es gilt, mühevoll Erreichtes zu verteidigen und auszubauen; Begonnenes, im Werden Begriffenes zu vollenden und Unerfülltes, der Zukunft Vorbehaltenes, gut vorzubereiten und zur Reife zu führen. Darin sind eigentlich die alten und die neuen Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen umschlossen. Wäher standen im Mittelpunkt unserer Tätigkeit die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nebst der sozialen, hygienischen und kulturellen Verhältnisse unseres Berufes. Die Zukunft steht uns weiters Ziele: die wirtschaftliche und soziale Gleichstellung der Arbeiter mit allen anderen Gesellschaftsklassen! Dies Ziel kann natürlich nicht auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erreicht werden. Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung können wir nur einen gewissen Bruchteil, ein Stück dieses Zielens erzwingen, dagegen wird die volle Verwirklichung der ökonomischen Gleichheit Aufgabe der Zeit sein, in der wir nicht mehr die kapitalistische, sondern die sozialistische Produktionsweise haben. Um diesen Gedanken zum Gemeingut der deutschen und der Arbeiter der Welt zu machen, hat die Exekutive des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai dieses Jahres die Parole herausgegeben, zugunsten der Sozialisierung der Produktionsmittel in der ganzen Kulturwelt, soweit es gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gibt, eine allgemeine Aktion zu veranstalten. Wenn ich in diesem Zusammenhang daran erinnere, daß die erste große Aktion zur Erlangung des Achtstundentages von einem Arbeiterparlament im Jahre 1889 in die Welt gesetzt wurde, so müde es uns, die wir gegenwärtig unter uns das feinstliche Verlangen und Streben sehen, die Sozialisierung der Produktionsmittel in die Wirklichkeit überzuführen, sonderbar an, daß jetzt erst in der Welt die Parole zur Propagierung des Gedanken der Sozialisierung der Produktionsmittel herausgegeben wird. Das ist für uns ein schmerzliches Empfinden. Jedenfalls müssen wir uns sagen, daß wir durch die Umstände, in denen wir leben, den anderen etwas vorausgeht sind, und daß das, was in der übrigen Kulturwelt erst als Propaganda- und Aktionsprogramm herausgegeben wird, bei uns in den Mittelpunkt der erreichbaren Ziele gestellt wird. Soll überhaupt unsere Revolution vom November einen tieferen Sinn haben, dann darf sie sich nicht darin erschöpfen, daß die politische Gleichstellung der Arbeiter erreicht worden ist. Der politische Umsturz im November kann und darf nur der Anfang der Revolution sein. Die Erlangung der politischen Macht ist doch nicht das Ziel der Revolution, sondern nur das Mittel zur weiteren Durchführung unserer eigentlichen Aufgaben. Die politische Freiheit ist zwar viel wert, aber von der wirtschaftlichen Misere können wir uns nur befreien, wenn wir sie als Instrument zur wirtschaftlichen Befreiung benutzen. Was uns vorwärts, wird erst die sozialistische Produktionsweise in vollem Umfange bringen. Die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen muß es sein, die Vorbereitung der Sozialisierung der Produktionsmittel zu fördern, das heißt die Herzen und die Köpfe der Arbeiter zu revolutionieren. Alle Gewerkschaftsmitglieder mit diesem Gedanken zu erfüllen, das ist eigentlich der tiefere Sinn der Revolution. Wie ungleich die revolutionäre Kraft unserer Gedanken auf die einzelnen Schichten unserer Berufsgruppen wirkt, und wie ungleiche Resultate sie zeitigen, braucht sich auf dieser Tagung, die zusammengesetzt ist von Arbeitern zum Teil aus der Großstadt, die inmitten des politischen Lebens stehen, und von Arbeitern, die draußen im Lande abseits von politischen Leben stehen, deren Umwelt ganz anders auf sie einwirkt, nicht zu sagen. Wir wissen, daß der Mensch nach unserer sozialistischen Ueberzeugung beeinflusst wird durch die Umwelt und was ihn umgibt, auf seine Seele und seine Gedankenwelt einwirkt; von seiner Umwelt die Gedanken erhält und zu Handlungen gedrängt und genötigt wird. So läßt es die verschiedenartige Umwelt, in der die verschiedenen Berufsstände leben, erklärlich erscheinen, daß ihre Entwicklung nicht gleichmäßig nach Wunsch vor sich geht. Unsere Gewerkschaftsmitglieder stehen also in diesem großen Kampf sich gegenständig nicht mit gleichen Mitteln gegenüber. Soll die Revolution über die politische Gleichberechtigung, die allen Arbeitern zu Teil wird, hinaus für alle gleichmäßige Folgen zeitigen, so müssen wir uns bemühen, den Weg einzubehalten, auf dem wir am weitesten vorgeschritten sind. Die übrigen mittelkommen können, müssen wir uns Mühe geben, die Gewerkschaftsangehörigen aus den weniger aufgeschlossenen Schichten zu uns heranzuziehen, und mit uns zusammen-

zum vorwärtsdrängen, nicht etwa, daß wir uns herniederziehen lassen. Nicht niederdrücken, sondern aufwärtsziehen, das muß der Gedanke der Agitation sein. Wird diese Agitation wirklich schwingend und kraftvoll betrieben, dann darf sie nicht begleitet sein von Aeußerungen der Verachtung, der Minderwertigkeit, sondern muß begleitet sein von dem Gefühl der Brüderlichkeit, der Liebe, und, wenn es not tut, des Erbarmens und der Einsicht in die Verhältnisse, in denen die anderen leben! Dann wird man nicht verkehrend, nicht abstoßend wirken, sondern wird erheben und zu sich hinaufziehen können! Dies ist eines der wesentlichsten Geheimnisse unserer Agitations- und Organisationsarbeit. Mit der politischen Befreiung der Arbeiter von der Ungleichheit bei dieser Revolution kann es nicht sein Bewenden haben, sonst unterschätze uns nichts in dieser Revolution von allen vorhergehenden bürgerlichen Revolutionen. Auch diese beseitigen politische Ungleichheiten, stehen aber ökonomische Ungleichheiten bestehen, sie brachten eigentlich nur Änderungen in der Staatsverfassung und ließen das Wesen unberührt. Letzteres ist die Ökonomie, die Wirtschaft. Der hat die Macht, der über die ökonomischen Mittel undbeschränkt verfügt. Es kommt darauf an, daß wir in der Lage sind, an die Stelle der kapitalistischen Produktion die genossenschaftliche zu setzen, die nicht mehr die persönliche Bereicherung der Privatigentümer nach sich zieht, sondern die unternommen wird, um genossenschaftliche Bedürfnisse zu befriedigen. Die also nicht unternommen wird des Profits eingetrieben, sondern um die Kulturbedürfnisse der Menschheit zu befriedigen. Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich ohne weiteres, daß die Linie unseres Handelns als gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sich auf der vorgezeichneten Bahn zu bewegen hat. Wenn wir auch unseren Berufsangehörigen, die erst zum Verständnis für die Organisation erweckt werden sollen, nicht vorschreiben können, ehe sie zu uns kommen, dieser unserer Weltanschauung hulbig müssen, auch dürfen wir ihre Aufnahme in die Organisation nicht abhängig machen von ihrer politischen oder religiösen Ueberzeugung, sondern nur von ihrer Berufszugehörigkeit, so muß doch der Gedanke, der die Organisation erfüllt, von dem Geiste durchdringt sein, den ich bezeichnet habe, und jeder vernünftig Denkende wird diesen Geist als den richtigen erkennen lernen. Ich habe diesen Gedanken am Beginn meines Vortrags hervorgehoben, um daran zu zeigen, daß jetzt nach der Revolution diese Art der Gedankenrichtung mit im Vordergrund unserer Handlungen zu stehen hat. Was uns jetzt am meisten interessiert, ist die Frage, wie kommen wir den Problemen der Gegenwart am nächsten. Ich glaube, daß wir über die Zeit der Schlagworte, wo man glaubte, durch Volksversammlungsbeschlüsse sozialisieren zu können, herausgewachsen sind und in allen Köpfen die Ueberzeugung zu hämmern beginnt, daß das große Ziel der Sozialisierung nicht mit allgemeinem Gerede zur Durchführung zu bringen ist, sondern eine Frage von außerordentlich tiefgehender Bedeutung ist, die in jedem einzelnen Falle der Prüfung bedarf. Die Sozialisierung der deutschen Wirtschaft soll abhängig gemacht werden von dem Zweck und dem Ziel, was sie verfolgt. Das bedeutet, daß die heute ziemlich in Verwirrung geratene, ja wir dürfen sagen am Abgrund stehende deutsche Wirtschaft der Sozialisierung nur in den Zweigen durchgeführt werden kann, wo im gegenwärtigen Augenblick nicht ihre völlige Vernichtung oder eine irrationelle Betriebsweise entsteht. Es kann also diese Methode der Produktion nur stückweise nach eingehendem Studium eingeführt werden. Wir sehen, daß auch neue die Sozialisierungskommission, zusammengesetzt in ihrer großen Mehrheit aus Sozialisten beider Richtungen, eifrig bemüht ist, zu versuchen, die Gebiete festzustellen, wo ohne Gefahr und ohne Zugrundelegung unseres gegenwärtigen Wirtschaftslebens, die Sozialisierung einsehen kann. Was dazu gehört, ist kurz in Ihrem Statut im einleitenden Satz zum Ausdruck gebracht, indem es dort heißt: „Die Sozialisierung der deutschen Republik, soweit sie wirtschaftliche und soziale Vorteile bringt.“ Soweit sie diese Vorteile nicht bringt, ist sie selbstverständlich für den Zweck, der erreicht werden soll, unrent. Um das zu prüfen, dazu gehören die eingehendsten wirtschaftlichen und technischen Kenntnisse. Der neue sozialisierte Betrieb muß auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben können. Es muß weiter genau die Frage geprüft werden, ob die sozialisierte deutsche Industrie als sozialistische Dase in dem großen brausenden Meer der kapitalistischen Weltwirtschaft sich erhalten kann oder ob es ihr so gehen würde, wie es uns schon oft mit Genossenschaften gegangen ist, wenn sie nach sozialistischen Grundsätzen arbeiten wollten, entweder nicht konkurrenzfähig bleiben und zugrunde gehen mußten oder in der Regel den anderen Weg, zu unser aller Bedauern, gewählt haben, aus genossenschaftlichen Betrieben zu einem neuen kapitalistischen Betrieb zu werden. Das ist doch der Entwicklungsgang vieler mit großen Hoffnungen auf das Meer der Zukunft hinaussteuernden Genossenschaften gewesen. Gerade in dieser Zeit, wo wir eine völlig zerrüttete deutsche Wirtschaft vor uns haben, bedarf es gründlichen Studiums, um zu vermeiden, daß die Sozialisierung eines Betriebes, einer Industrie dem Allgemeinwohl nicht zum Nachteil gereicht. Wir führen im gegenwärtigen Augenblick einen heftigen Kampf um die Sozialisierung der deutschen Volkswirtschaft. An sich sind die Bergwerke reif zur Sozialisierung, aber andererseits besteht bei denen, die die Frage unteruchen, und denen wir großes Vertrauen entgegenbringen, durchaus nicht ungeteilte Meinung, ob jetzt der rechte Augenblick ist. Wir stehen hier vor einer Schwierigkeit, mit der in der Vergangenheit nicht zu rechnen war und die bei einem stetigen Ende des Krieges auch nicht in die Erscheinung getreten wäre. Der Friedensvertrag legt uns große Verpflichtungen auf, die wir ganz zu erfüllen nicht imstande sind! Jede Aeußerung seitens des deutschen Volkes oder der deutschen Politik, wird von den siegreichen Regierungen dahin aufgefaßt, daß böswillige Verweigerung der Erfüllung des Friedensvertrages der Grund sei. Die Maßnahmen, die fortwährend dagegen ergriffen werden, gehen darauf hinaus, sich aller Staatswerke zu bemächtigen, und schließlich geht auch das Schicksal auf die Beibehaltung wertvoller Privatunternehmungen hinaus! Man beschränkt nun, daß eine Sozialisierung der Bergwerke, die heute im Privatbesitz sind, eine Erleichterung des Zugriffes für das Ausland nach sich ziehen würde. Außerdem steht zu erwarten, daß, nachdem uns große Teile der deutschen Kohlenfelder verloren gegangen sind, auf dem eng begrenzten Gebiet, in dem neue Kohlenmutungen möglich sind, erhebliche neue Kohlenvorkommen niedergebracht werden müssen, um die großen Bedürfnisse zu befriedigen, die das Land hat, die Bedürfnisse des Hausbrands und der Industrie, die Bedürfnisse von 21 Millionen Tonnen Kohlen, als Entschädigung an das Ausland und der großen Menge Kohlen, die wir als Geldwert auf dem Weltmarkt zum Umtausch jener Güter, die wir nicht selbst besitzen, aber notwendig brauchen, wie Lebensmittel und Rohprodukte. Die Kohlenbedürfnisse jener Völker, die mit deutschen Kapital an die Weltmärkte gehen, werden nicht ohne weiteres befriedigt werden können.

denbar. Es ist bei uns nicht mehr vorhanden und muß von dort herbeigeschafft werden, wo es noch vorhanden ist; jene Kreise und Länder, die uns dies Kapital zur Verfügung stellen könnten, sind politisch und sozial nicht so gerichtet wie wir, die sozialisieren wollen. Einem sozialisierten Betrieb auch nicht das Vertrauen entgegenbringen, daß er billiger, rationaler und vorteilhafter für die Allgemeinheit arbeitet, sie würden sagen, zu einem solchen, in den Wollen schwebenden von keinem erweisbaren Erfolg begleiteten Unternehmen, geben wir unsere Mittel nicht her. Sie werden es auch aus Prinzip nicht tun, denn würde mit ihren kapitalistischen Mitteln in Deutschland eine sozialistische Betriebsweise sich als durchführbar erweisen, so würde das natürlich mit ihrem Gelde eine Propaganda zur Abdrückung in das eignen Privateigentum sein. Es ist vom kapitalistischen Standpunkt durchaus zu erklären, daß diese Finanzierung von ihnen nicht zu erwarten ist. Also, so gut und ernsthaft der Wille der Sozialisierungskommission sein mag, die von den Gewerkschaften am 20. März gestellte Forderung unmittelbar in die Tat umzusetzen, so ergeben sich doch eine Reihe von Schwierigkeiten. Ich führe dies Beispiel nur an, um zu zeigen, daß bei der Sozialisierung genau zu studieren ist, ob in dem einzelnen Fall die Vorbedingungen gegeben sind, und daß dabei eine Reihe Gebankengänge und positive Tatsachen in die Erscheinung treten, über die wir uns nur selten Gedanken machen. Für uns steht fest, daß Deutschland wirtschaftlich sich am ehesten erholen könnte, wenn wir an Stelle der kapitalistischen Produktionsweise, wo der einzelne Arbeiter kein mitmachendes Wesen ist, die sozialistische Produktionsweise setzen, wo er mit viel größerer Lust an die Arbeit geht, weil er weiß, er arbeitet für sich. Wir wissen, daß ein Volk wie das unsere unmöglich noch lange in allen Zweigen der Industrie die kapitalistische Produktionsweise ertragen kann, daß unser Volk nicht nur den Willen und die Kraft, sondern auch die sittliche und moralische Berechtigung dazu besitzt, zu verlangen, da, wo es irgend möglich ist, mit der Profitwirtschaft ein Ende gemacht und mit der Gemeinwirtschaft begonnen wird. Weiter ist wichtig, daß die politische Freiheit uns die Möglichkeit gegeben hat, nunmehr auf dem Gebiet der Demokratie ein Stück weiterzukommen. Der deutsche Arbeiter und der Arbeiter in der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt, ist in diesem kapitalistischen Betriebe nur ein Instrument, er ist nicht ein lebendes Wesen, das mit seinen gesamten geistigen und physischen Kräften an der Produktion von Gütern mitwirken kann. In der kapitalistischen Produktion ist er nur ein Arbeitsinstrument, seine Arbeitskraft wird insoweit benutzt, wie es der kapitalistische Unternehmer für notwendig hält. Ueber diesen Rahmen hinaus gesteckt er ihm nicht, im Betriebe mitzuwirken, seine Hand- und Kopfarbeit ist in das System der Produktion eingepaßt, aber darüber hinaus die Betriebsleitung kennen zu lernen, mitarbeiten zu können, wie die Produktion rationaler eingerichtet, größere Erträge erzielt, auf alle diese Dinge hat er als Arbeitswerkzeug keinen Einfluß. Erst mit dem Augenblick gewinnt er eine höhere Stellung im Produktionsprozeß, wo versucht wird, ihn aus dem Rahmen des bloßen Werkzeugs herauszuheben und mit seinen ganzen geistigen Kräften hineinzustellen in den Produktionsprozeß, ihm zu ermöglichen, mit seinen geistigen Kräften an dem Werke mitzuschaffen, mitzuarbeiten, und sich als gleichberechtigt im Produktionsprozeß zu fühlen. Die Stellung, die er dann einnimmt, wird so sein, wie er imstande sein wird, sie zu machen. Der Betriebsrat wird je nachdem im steigenden Umfang im Produktionsprozeß sich Einfluß erwerben, wie er vermöge seiner Fähigkeit und Eigenart ihn sich zu erwerben verbleibt. Ebenso wie wir erst mühsam und unvollkommen innerhalb der Gewerkschaften die Platzvertreter, die Tarifvertreter, die Berater im Tarifamt usw. erworben haben, und wie wir uns aus der geistigen Ungleichheit infolge unserer Schulbildung erst langsam und stückweise emporgearbeitet haben zu höherem Wissen und Können, um nun als gleichberechtigte Faktoren im gewerkschaftlichen Kampf den Unternehmern und Behörden gegenüber anerkannt zu werden, so wird jeder einzelne Betriebsrat unter Aneignung der notwendigen technischen Kenntnisse sich erst langsam so weit heraufarbeiten können, bis wir dann im vollen Umfang neben unseren physischen auch unsere geistigen Kräfte im Dienst der Gemeinwirtschaft anzuwenden in der Lage sind. Ich will das Betriebsrätegesetz im einzelnen hier nicht besprechen, sondern erwähne es nur als Instrument für unsere neuen Aufgaben, die wir im vollen Umfang zu erfüllen im Interesse der Arbeiterklasse verpflichtet sind. Auch dies neue Instrument gibt uns die Möglichkeit, aus dem Arbeitswerkzeug, das der Arbeiter bisher war, eine lebendige, gleichberechtigte Kraft zu machen, die im Wirtschaftsprozeß neben dem technisch Gebildeten oder dem Betriebsleiter sich hineinsetzt in die schwereren Aufgaben und nun die Kenntnisse sich erwirbt, die zur rationalen Betriebsleitung notwendig sind. Dazu gehört, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung diesen Kräften die größte Hilfe zu leisten hat, daß sie der Obleuten und Betriebsräten mit all jenen Hilfsmitteln beifpringen muß, die sie leichter befähigen sollen, die schweren Aufgaben zu bewältigen. Die deutschen Gewerkschaften müssen die Obleuten und Betriebsräte durch Schulen unterrichten über technische Betriebsleitung, über Buchführung, über Behandlung der Instrumente und Werkzeuge, sie müssen über alle den Arbeitern heute jumeist fernstehenden Gebiete der Betriebsleitung Aufklärung erteilen können, ein mal allgemein und zweitens berufsmäßig. Das muß geschehen durch die Zentrale der Gewerkschaften. Es muß die notwendige Verbindung unter den deutschen Betriebsräten hergestellt werden durch eine fachtechnische Leitung, die die gewonnenen Erfahrungen den Arbeitern und Betriebsräten im letzten Dorf und letzten Steinbruch übermitteln, damit die Durchdringung mit der Idee der Betriebsdemokratie gleichmäßig in allen Landesteilen erfolgt. Im Interesse der Zukunft unseres Wirtschaftslebens ist es unbedingt erforderlich, diese Demokratie durchzuführen, denn ohne diese Einrichtungen könnte unser bisher völlig abgeschlossenes und noch lange unterdrücktes Wirtschaftsleben sich kaum zu entwickeln, daß wir zu leben imstande sind. Die Durchführung der Betriebsdemokratie wird uns um so schneller und leichter befähigen, den eigentlichen Zielen entgegenzutreten, die ich bereits geschildert habe. Dadurch wird auch dem Arbeiter der Zusammenhang des gesamten Wirtschaftslebens, der Wirtschaft und der Gesundheitspolitik klar werden, so daß er dann die gebührenden Verteilungen innerhalb der ganzen Wirtschaft mehr zu beurteilen in der Lage sein wird als bisher. Es ist ein geradezu unerhörter Zustand, daß wir durch unsere ungenügende Schulbildung und Wirtschaftsbildung, durch unser ungenügendes Wissen, von diesen großen Zusammenhängen und von dieser Erkenntnis bisher ferngehalten worden sind. In Zukunft wird die Erkenntnis, und gegenständig in der Produktion zu fördern, uns zu ganz anderen Handlungen nötigen und wird verhindern, daß wir, wie das bisher häufig geschehen ist,

Der Zentralverband der Arbeitsschweizer Deutschlands mit dem Sitz in Frankfurt am Main ist gegründet, um all diese für sich leidenden, niedergedrückten und enttäuschten Volksgenossen zu vereinen, um als geschlossene Macht die Interessenvertretung auf Grund der unerschütterlichen Menschenrechte energisch durchzuführen. In Verbindung mit den Arbeiterpartei und Gewerkschaften wollen wir auf dem Boden der Gleichberechtigung aller die wirtschaftliche Sicherstellung dieser Kreise erwirken. Auch die für den niedergedrückten Heilfürsorge, Berufsberatung, Berufsumlernung der Arbeitsschweizer müssen wirksam in Angriff genommen werden und das Mitbestimmungsrecht bei allen Fürsorgeeinrichtungen gesichert werden. Alle Arbeitsschweizer und deren Hinterbliebenen wird bereitwillig Auskunft erteilt durch den Zentralverband der Arbeitsschweizer Deutschlands, Frankfurt a. M., Behmstraße 46. An alle gesunden Arbeitsschweizer und Arbeiterorganisationen ergoht der Ruf, die Arbeitsschweizer in ihrem Kampf um ihre Menschenrechte zu unterstützen.

Aus den Zahlstellen.

Senftenberg. Auch in der Niederlausitzer Grabbauindustrie kauft unser Verband immer freieren Fuß. Zahlen wir doch schon in Senftenberg 8 Mitglieder und ist es angebracht, eine Zahlstelle zu gründen. Wir können dann besser agieren und die sämtlichen Kollegen vom Kreis Calau für uns gewinnen, und so gemeinschaftlich unsere Forderungen durchsetzen. Vom Ausmaß des Schlichtungsausschusses Senftenberg haben wir 4.622 M. Stundenlohn erlangt, und kammer heißt es in dem Entschluß: Auf die bestehenden und kommenden Bauhandwerkerlöhne immer 5 Prozent Zuschlag; das ist bemerkenswert, da im Kreis Calau sehr minimale Löhne für Steinmetzen gezahlt werden. Einigkeit macht eben stark! Infolge des Betriebsrätegesetzes kann man sich schon ein Wort erlauben, ohne gleich die Partoffel ausgeben zu brauchen. Während man früher in der Zeit nach Pfingsten immer keinen Koffer signieren mußte, wenn man den Meister mit solchen Sachen anredet. Deshalb, Kollegen des Kreises Calau, schließt Euch Senftenberg an! Criten spart Ihr das Porto und wir können uns regelmäßig im Monat einmal zusammensetzen. Nur so werden wir in der Grabmalbranche bessere Verhältnisse schaffen.

Lito Hengler, Senftenberg, Stadtkeller 3. 2.

Ramens. Am 2. Mai sagte im Gasthof zum Kronprinz unsere Monatsversammlung. Der Vorsitzende gab einen kurzen Bericht vom Vortag in Würzburg. Nebner führte aus, obwohl die Meinungen über die Tätigkeit des Gesamtvorstandes in verschiedenen Sachen nicht die gleichen waren, die Delegierten die geleistete Arbeit des Vorstandes anerkannten. Bei der Beratung des Statuts war der Verbandstag befreit, dem Geiste der neuen Zeit Rechnung zu tragen und das Beste für die Kollegen zu schaffen. Eine Debatte über den Bericht entspann sich insoweit, daß es die Kollegen nicht vernein können, daß der Verbandstag der dreitägigen Durcheinanderzeit gutgekommen hat. Zu Punkt Beitragsleistung wurde beschlossen, in der Zahlstelle 250, 2 und 150 M. für männliche und 1 M. für weibliche Mitglieder einzuführen. Weiter wurde beschlossen, eine Kommission in den Betrieben zu wählen, die sich mit der Wirkung des Tarifs befassen soll. In der Gewährung der Ferien kritisierten die Kollegen das Verhalten einiger Unternehmer, die hier eine Umgehung über Kürzung der Ferien versuchen. Weiter wurde der Einbruchbescheid des Herrn Burghardt einer Kritik unterzogen. Den Räuber Burghardt möchten wir ersuchen, die Arbeitszeit besser einzubalten und beim Schließen nicht zu verärgern. Kosten auszustellen. In der Agitation haben wir im letzten Vierteljahr gute Fortschritte gemacht. In den Schotterwerken haben sich die Kollegen nun reißlos der Zahlstelle angeschlossen. Durch die Schaffung eines Bezirksrates für die Schottersteinarbeiter haben auch diese Kollegen erkannt, daß der Zentralverband der Steinmetzen die Organisation ist, die die Interessen der Kollegen voll und ganz vertritt. Im vorigen Monat haben sich nun die Kollegen aus den Schotterwerken Schwarzgollm, Ehling und Düring, die noch im christlichen Verband waren, unserer Zahlstelle ebenfalls angeschlossen und sind damit aus dem christlichen Verband ausgeschieden. Rund 100 Mitglieder sind aus dieser Organisation zu uns gekommen. Wir bearbeiten diese Kollegen in unserer Mitte und rufen ihnen zu, eifrig Mitglieder zu werden. Der Bezirksleiter Kranke vom christlichen Steinmetzenverband möchte sich bei seinen Agitationsarbeiten im Steinbruch Ehling mehr an die Wahrheit halten, damit die Kollegen sich nicht des guten Rates des Hinauswurfes erinnern. Zum Schluß der Versammlung wies der Vorsitzende noch darauf hin, daß die neue Beitragsleistung mit der 27. Woche in Kraft tritt und ersucht die Kollegen, die Mitgliedsbücher bis dahin in Ordnung zu bringen.

Rundschau.

Unglücksfall. Am 29. Mai ereignete sich im Steinbruch der Grante- werte Thaden, Zahlstelle Königshain, folgender Unglücksfall. Seit einigen Tagen war hier eine Kolonne von drei Mann damit beschäftigt, einen neuen Wehrgang durch Bohren und Sprengen nachzu- holen. Infolge nicht genügender Durchsicht stürzten die Kollegen Richard Schölze und Richard Wiewner in den zum 20 Meter tiefen Ab- grund, der dritte konnte sich erhalten. R. Schölze ist bereits am 30. Mai keinen Verletzungen erlitten. Von ihm ist etwa 4 Zentner schwerer Steinblock auf den Unterleib. Richard Wiewner wurde weit fortgeschleudert und erlitt erhebliche Verletzungen an Kopf und Arm. Letzterer ist schon Kriegsverletzter. Wiewner war gar nicht ange- kommen und Schölze an einer morschen Seile. Die Schwerverletzten werden zur Heilung ins Krankenhaus gezogen.

Einwohner-Erhöhung durch Lohnsteigerung. Durch Verordnung vom 21. Mai 1920, die in den letzten Tagen vom Reichsge- setzblatt veröffentlicht wird, hat der Reichsminister der Finanzen die Bestimmungen der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes vom 20. März 1920 mit Wirkung vom 25. Juni 1920 ab in Kraft gesetzt. Danach werden sämtliche Arbeitgeber von diesem Tage an verpflichtet sein, 10 Prozent des Arbeitslohnes zu zahlen des Arbeitnehmers als vorläufige Einkommensteuer einzubehalten und für die den Betrag Steuer- zahlen in die Steuerkarte des Arbeitnehmers zu geben. Die Arbeit- nehmer sind verpflichtet, sich rechtzeitig durch die Gemeindebehörde ihres Wohnortes oder Gehaltsamt Steuerkarten anstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt monatlich.

Zulagen zu den Unfallrenten. Durch Verordnung vom 5. Mai 1920 sind die Alterszulagen für Unfallrenten betragsmäßig erhöht und auf eine andere Berechnungsgrundlage gestellt worden. Auch sind sie ausgedehnt auf Unfallrenten von 50 Prozent an statt wie bis- her von 60 Prozent, sowie auf Witwen- und Hinterbliebenen aus Soldaten. Die Ausfuhrbestimmungen zu der Verord- nung sind noch nicht ergangen, auch im übrigen erfordert die Durchfuhr der neuen Zulagen umfangreiche Prüf-, Neben- und Schlichtungsarbeiten, so daß sie noch aller Wahrscheinlichkeit in den nächsten Wochen und Monaten zur Auszahlung kommen werden. Inzwischen laufen die bisherigen Zulagen von 20 M. monatlich weiter und werden immer auf die neuen Zulagen von 1. Januar dieses Jahres an verrechnet. Die Empfänger von 50 Prozent und darüber, ebenso die von Witwen- und Hinterbliebenen, brauchen um die neue Zulage zu erhalten, bei ihrer Versicherungs- kasse keinen besonderen Antrag zu stellen. Die neuen Zulagen werden ihnen von dem Tage an gezahlt werden und durch unan- genöme Schenkungen wird im allgemeinen die wünschenswerte schnelle Ab- zahlung eher bewirkt. Dagegen müssen sich diejenigen Renten- empfangende machen, die aus verschiedenen Gründen mehrere Renten von zusammen 50 Prozent oder mehr beziehen, weil sie von dem Tage an die Versicherungsanstalten nicht genau feststellen wer- den können.

Was der Metallindustrie. Hebermann des Ge- sellschafts-Verwaltungsausschusses beschlossen die Stad- tverordneten in Berlin und beschließen dazu auch die nötigen Mittel. Der Leiter des Landes war bisher die Firma C. F. Schumann.

25 Prozent Löhne kommt im Sozialen Aktienverein München und Schönbühl zur Auszahlung. Die Ostbayerischen Arbeitervereine haben darauf auf eine sehr günstige Geschäfts- lage zu rechnen.

Der Verbandstag hat beschlossen, daß die vor- geordnete Beitragserhöhung mit der 27. Beitrags- woche in Kraft tritt. (Woche vom 28. Juni bis 3. Juli).

Etwasige Restanten erschweren die ordnungs- mäßige Abrechnung mit dem alten und neuen Material, sowohl in der örtlichen wie in der zentralen Verwaltung.

Ein Ausgleich rückständiger Beiträge muß des- halb mit der 28. Woche erfolgt sein. Am 12. Juni ist der 24. Wochenbeitrag fällig.

Die Bayerische Granit-Stein-Verwaltung kann zu- folge Kautions in der Fachpresse, trotz des flotten Abganges zu guten Preisen ins Ausland, auch in diesem Jahre keine Dividende aus- zahlen. Bedauerlich ist, daß die Arbeiter in der Fach- industrie noch ausbleiben zu können.

Arbeitsausgaben. In einer Arbeit für soziale Hygiene kommt Jens zu dem Ergebnis, daß allein im Stadt- und Staats- gebiet Hamburg für die Erhaltung aller körperlich und geistig Kranken und Sicken jährlich insgesamt 31 Millionen Mark gezahlt werden. Wäre es nicht richtig, diese Riesensummen so anzulegen, daß die Kranken und Sicken in der Zahl gar nicht mehr möglich sind? Wenn man dazu bedenkt, daß in der Kronenversicherung des Deutschen Reiches jährlich über 10 Millionen mit völliger Arbeitsunfähigkeit einber- gehende Löhne gezahlt werden, dann möchte es wohl nicht nur mens- lich, sondern auch wirtschaftlich erscheinen, das Wirtschaftliche zu einer neuen Ordnung umzubauen, in der sozial Kranken und Sicken ein- fach gar nicht mehr entstehen kann.

Soziale Not und Frauenberuf. Deutschland hat bekanntlich für lange Jahre mit einem Frauenüberfluß zu rechnen. Auch um diesen wichtigen Ausgleich der Geschlechter herbeizuführen, scheint die soziale Besserung von wesentlicher Bedeutung zu sein. Nach einer der neuesten For- schungen zusammenfassender Arbeit von Dr. Jöller in der Deut- schen medizinischen Wochenschrift hängen die Knabensterben von der höchsten Natur der Mütter ab. So erzeugen 1. 5. die Gendarmen- mütter mehr Knaben als die meist schwachlich in die Ehe eintrittenden Gendarmmütter. Ferner ist festgestellt, daß die durch die Lebens- mittelnot nachweislich unterernährten Frauen der arbeiten- den Klasse eine unergonomisch hohe Zahl von Mädchen erzeugen. Je schneller und durchgreifender die soziale Lage durch unseren gewerkschaftlichen Kampf darum gehoben wird, um so eher werden wir mit dem Ausgleich der Geschlechter zu rechnen haben.

Die jugendlichen Proletarier. Die bayrischen Gewerbeaufsichts- berichte über die Kriegszeit, die jetzt erschienen sind und die sich im- weitesten mit den erschienenen preussischen Berichten decken, handeln auch über die jugendlichen Arbeiter. Der Anteil der Jugendlichen be- trägt 9-11 Prozent. Sehr hat im Kriege die Jugendausbildung gelitten durch den Übergang zur Massenherstellung, den Mangel an Roh- stoffen, das Fehlen der eingezogenen Meister und dergleichen. Diesem Umstand ist nach der Ansicht der Berichtschreiber nur durch bessere Entlohnung der jungen Arbeiter abzuhelfen. Interessant sind die Aus- sagen über die Leistungen der jugendlichen Arbeiter. Die Lei- stungen waren nicht nur zufriedenstellend, sondern ein großer Teil der jugendlichen Arbeiter hat sogar „über ihr Alter hervorragendes“ geleistet. Was mancher von ihnen wird nicht das Zeug zu produktiver, geistig-technischer Arbeit in sich gehabt haben, aber die sittliche Weltordnung des Kapitalismus hat hierzu die Söhne der Be- fähigten reserviert.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Als Besitzer zum Tarifamt für den Bahri- schen Tarif sind gewählt:

1. Hans Eppl, Steinmetz in Kirchenlamy, Hofstr. 194. (Als Obmann.)
2. Hans Rupperecht, Steinmetz in Tröfeln (Fichtelgebirge).
3. Karl Wirth, Steinmetz in Hof, Nr. 123 (Oberpfalz).

Als Schlichtungskommission fungieren für das Fichtelgebirge:

1. Fritz Pausch, Steinmetz in Kirchenlamy Nr. 83. (Als Obmann.)
2. Gottlieb Rint, Steinmetz in Kirchenlamy.
3. Heinrich Bauer, Steinmetz in Kirchenlamy.

Für den Bahri- schen Wald als Schlichtungskommission:

1. Josef Steintmeier, Steinmetz in Metten. (Als Obmann.)
2. R. Roggenreuther, Steinmetz in Metten.
3. A. Schnellborfer, Steinmetz in Weibing, Post Eben- stetten.

Für die zu errichtende Tarifamt wurden als Besitzer zum Bahri- schen Pflasterer-Tarif bestimmt:

1. Fritz Fink in Langing, Post Hagenberg. (Als Obmann.)
2. Josef Stabler in Grafenmühle, Post Aunkirchen.
3. Josef Fija in Hagenberg.

Mitglieder der Schlichtungskommission zum Bahri- schen Pflasterer-Tarif sind:

1. E. Brückl in Ruhmannsfelden. (Als Obmann.)
2. J. Rabermeier in Ruhmannsfelden.
3. A. Rahinger in Ruhmannsfelden.

Briefkasten.

Überhaupt E. „Entwerfer — oder“ ist bei solchen Reizen nicht angebracht. Es die Anmeldung erfolgt ist, läßt sich jeder einfach im Betrieb feststellen und demgemäß muß dann an zuständiger Stelle gehandelt werden. Zum Mäkeltrahen ist der „Steinarbeiter“ nicht da. Eine Kritik geübt wird, soll man sich vorher genau erkundigen.

Adressenänderungen.

Höln. 5. Gau. Für den erkrankten Gauleiter Kollegen Adolf Hermann hat Kollege Richard Fuha, Rölln, Erterer Straße 6, III, die Vertretung übernommen. Die Zahlstellen des 5. Gau's mögen die Forderung beachten.

Gauver. 4. Gau. Gauleiter Ernst Winkler, Ramburg- straße 10, I. In voriger Nummer hatte sich bei der Straßen- nennung ein Druckfehler eingeschlichen, es muß nicht Ramburg, son- dern Ramburgstraße heißen.

Hellberg. 1. Gau. Hellberg. Post: Karl Raumann, Strelitzer Straße 41.

Selbst. Post: Richard Claasen, Reußstr. 12.

Land. (Schles.). Post: August Harbig, Kirchstraße.

Babersdorf. Post: Ernst Unger.

Füchling. Post: Adam Rauh, Schulstraße 27.

Hensch. Post: Echl Haiger.

Aridenbach. 5. Kaiserplatz. Post u. Post: Adolf Arnold.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

„Der Frau“, Sozialistische Rundschau über das politische, wirt- schaftliche und kulturelle Leben. Berlin B 57 erscheint vierteljah- rig und ist durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag Berlin B 57 zu beziehen. Abonnementpreis: Vierteljährlich (sechs Hefen) 3.50 M. Einzelhefte 1 M. Das Abonnement kann von jeder Nummer an beginnen. Preisnummer kostenlos.

Am 10. der „Sozialistischen Gemeinde“ ist erschienen. Sie bringt Kritik über das neue Kommunalverfassungsgesetz, die Besteuerung des kleineren Einkommens, die Organisationsfrage und Sozial- isierung der Fortschritt, u. a. m. Preis der Einzelnummer 50 Pf. Abonnement pro Vierteljahr 3 M.

Von der neuen Zeit ist das 10. Heft vom 2. Band des 28. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir be- zogen: Die Agitationspolitik der Sozialdemokratie. Von A. Bauer (Land- Agitation). — Demotrafierung der Vermählung. Von B. Gaste. — Die Unparteilichkeit als Maßstab der Sozialpolitik. Eine sozialpolitische Studie. Von Franz Ruppert. H. (Schlag). — Der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands. Von Theodor August Schmidt. — Ein- wertige Rundschau: Paul Hirsch, Kommunalpolitische Probleme. Von Franz Ruppert. Margarete Bruch, Mähenmittel. Wer kommt mit? Bruno Schmidt, Sonntags Land. Von Maria Schippmann.

Die neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch- handlungen, Postämtern und Postboten zum Preise von 0.75 M. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 75 Pfennig. Preisnummern können jederzeit zur Verfügung.

Arbeitsmarkt des Arbeiters. Heft 10 vom 3. Mai ist er- schienen. In dieser Ausgabe sind drei wichtige neue Gesetze verarbeitet: Erwerbslosenversicherung, Verordnung vom 26. 1. 1920, Reichsversicherungs- Gesetz vom 29. 3. 1920, Gesetz über die Beschäftigung Schwa- chmännlicher vom 6. 4. 1920. Verlag für Politik und Recht, Stuttgart, Pfaffenstraße 5. Die Arbeitsmarkt-Kartei besteht wie die neueren Gesetze und Verordnungen werden stets schnell gedruckt, die Überholte ausgeschlossen. Der Inhalt ist leicht verständlich, was er immer auf dem laufenden. Diese Karten-Ausgabe ist sehr praktisch. Die Aufschaltung und das Abonnement kann jedem empfohlen werden, der in Arbeiterkreisen irgendwie zu tun hat. Im Abonnement kostet das Heft 4 M. Der Aufschaltungskosten 6 M. Probeheft 1.50 M.

Berichtungs-Anzeige.

Kein Mitglied soll fehlen.

Kauf. Mittwoch, den 9. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der Philharmonie.

Anzeigen

Gr. Ruyendorf, Dürr-Ruyendorf, Giersdorf, Ruesdorf. Bezirksversammlung.

Für obige Zahlstellen berufe ich hiermit eine Bezirksversammlung am Sonntag, den 20. Juni, nachmittags 8 Uhr, im Hellerischen Gasthaus in Gr. Ruyendorf ein. Tagesordnung: 1. Taktik bei Wohnbewegungen. 2. Schaffung eines Bezirksverbandes und Wahl der Bezirksleitung. 3. Das Betriebsrätegesetz. 4. Verschiedenes. An alle Kollegen der genannten Zahlstellen die bringende Auf- forderung, reißlos und pünktlich zu erscheinen. Keiner fehlt! Auch die Kollegen der österreichischen Nachbarorte, aus dem österreichischen Bauarbeiterverbande, sind eingeladen, um ein einheitliches Vorgehen zu beraten. Keiner scheue die Stunde Weg!

J. A. Senft, Gauleiter.

Med. Großmischelstein a. Verzierungen z. Durchspannen a. Stein; sowie Altpapier auf Catuonspapier gezeichnet in versch. Größen u. Arten Schriftzettelerei Gießen (Hessen) Licher-Str. 37

Wehrs Steinhauerbürsten liefert jedes Quantum Kollege Gg. Wehr, Steinmetz, Neustadt/Aisch (Bayern).

Knüppel, Steinhauerbleisliste liefert prompt **Sobelbandsahl, Werkzeuge.** Max Muster, Chemnitz i. Sa.

Einige 1 oder 2 gesunde Steinmetzen zum baldigen Eintritt. Max Gahr, Schöneleber Marmor- und Steinbruchindustrie, Glas, Friedrichstraße 9.

Tüchtiger Steinmetz

kann sofort eintreten. Dauernde Beschäftigung. Stundenlohn 5 Mark. Albert Friebohn, Zittau.

2 Steinmetzen auf schwarz-schwedischen Granitwerk W. Born, vorm. M. Schobel, Liegnitz (Schlesien). Granit sofort gesucht.

3 bis 4 tüchtige Steinmetzen auf Sand- und Kalkstein für dauernde Arbeit gesucht. Fr. Söllinger, Halle a. S.

Mehrere Steinmetzen

stellt bei hohem Lohn sofort ein Hans Lauer, Steinhauer, Oerlinghausen (Lippe). Fernspr. 163.

Tüchtiger jüngerer Steinmetz, der auch in der Bildhauer- u. Steinm.-Gesch. Oskar Schlim, Blankenburg a. M., Hulsinger Str. 27.

Tüchtige Steinmetzen für Grabmalarbeit bei 6 Mark Stundenlohn sofort gesucht. Gute Ernährungsverhältnisse. Grabmalwerk Wiersleben, Herrnbreitstraße 1.

Granit-Steinmetzen

bei dauernder Beschäftigung sofort gesucht. Granitwerk Hermann Köhl & Co., Wolgast i. Pomm.

Granitschleifer und Granitsteinmetzen gesucht C. Schäfer & Sohn, Schwerin (Mecklenburg).

Herzliche Grüße sendet allen bekannten Kollegen durch das Fachblatt E. Brandt, Kopenhagen.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingelangt werden.)

In Ramens am 11. Mai der Pflastersteinmetz Franz Nulle, 48 Jahre alt, Magdeburg.

In Braunschweig am 18. Mai der Sandsteinmetz Wilhelm Warnecke, 55 Jahre alt, Herzlichshöhe.

In Augsburg am 19. Mai der Marmor- u. Schleifer Xaver Wiedemann, 34 Jahre alt, Lungenentzündung.

In Rappelsdorf am 24. Mai der Granitsteinmetz, Karl Geiser, 28 Jahre alt, erkrankt im Verlauf von Sireisigkeit.

In Senftenberg am 25. Mai der Granitsteinmetz Hans Schemm, 17 Jahre alt, Lungenentzündung.

In Rattow a. S. am 26. Mai der Sandsteinmetz Fritz Becker, 51 Jahre alt, Lungenleiden.

In Osterwald am 26. Mai der Bruder Friedrich Basemann, 23 Jahre alt, Lungenleiden.

In Königshain am 30. Mai der Hilfsarbeiter Richard Schulze, 24 Jahre alt, Unfall im Beruf.

In Wiersleben am 1. Juni der Bruder Christian Geyer, 48 Jahre alt, Nierenleiden.

In Weitzkau am 2. Juni der Steinmetz Heinrich Gemmer, 54 Jahre alt, Brusttumor.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold. Verlag von Fritz Staudinger beide in Leipzig. Gedruckt in der „Freien Presse“ Leipzig.